

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Susann Enders

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kerstin Celina

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Carolina Trautner

Abg. Roland Magerl

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Laura Weber

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thorsten Freudenberger

Abg. Martin Mittag

Staatsministerin Judith Gerlach

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich danke Ihnen und rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER

"Wohnortnahe Versorgung - Apotheken, Haus- und Fachärzte unterstützen, gewachsene Krankenhausstruktur schützen"

Nachdem die für unsere letzte Plenarsitzung am 5. Dezember vorgesehene Aktuelle Stunde aus Zeitgründen nicht mehr zum Aufruf gekommen ist, holen wir sie heute nach. Sie kennen alle das Prozedere: Grundsätzlich sind es 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. 10 Minuten für eine Rednerin oder einen Redner.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders. Frau Kollegin!

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei ihnen klingelt frühmorgens um 4:50 Uhr der Wecker, weil sie sich fertig machen und losfahren müssen, damit sie um 5:50 Uhr im Krankenhaus sind. Ihr Dienst beginnt, sie lösen die Kollegen vom Nachtdienst ab, und um 6:30 Uhr kommen die ersten Notfälle aus dem Berufsverkehr. Oder sie stehen ab 7:00 Uhr im OP, kommen bis nachmittags nicht zum Essen und haben vielleicht mal beim schnellen Patientenwechsel noch eine Toilettenpause, aber flott, weil der nächste Patient schon wieder drin ist, weil einfach zu viel los ist, weil einfach zu wenig Personal anwesend ist, zu wenig Personal auf dem Dienstplan steht.

Ja, meine Damen und Herren, das kann ein ganz normaler Tag von Gesundheits- und Krankenpflegern sein, von Ärztinnen und Ärzten; und das kann nicht nur mal einen Tag oder mal eine Woche so extrem sein, das kann sie über ihr ganzes, gesamtes Berufsleben begleiten, das kann in einem Berufsleben ein Zustand sein, der über Jahrzehnte anhalten kann.

Seit den 1990er-Jahren jagt dafür ein Bundesgesundheitsreformgesetz das nächste, oder besser gesagt: Eine Verschlimmbesserung jagt die nächste. Was hat diese Bundespolitik der Gesundheitsreformen und Krankenhausstrukturgesetze gebracht? Meine Damen und Herren, was hat uns diese ausschließlich auf Rentabilität ausgerichtete Bundesgesundheitspolitik gebracht? – Den Mangelzustand, den wir jetzt im Gesundheits- und Pflegesystem haben. Er ist das Resultat einer jahrzehntelangen fehlgeleiteten Bundesgesundheitspolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Anstatt praxisorientierte und patientenorientierte oder personalorientierte Veränderungen vorzunehmen, wird weiterhin vom Schreibtisch des Bundesgesundheitsministers aus theoretisch agiert. Wenn das Pflegepersonal knapp wird, dann werden halt Kliniken geschlossen. Dann langt es schon wieder. Wenn die Kliniken nicht von alleine schließen, dann wird die aktuelle Krankenhausreform über weitere Monate verzögert und die kalte Strukturreform, der kalte Strukturwandel, sorgt dann schon dafür.

Meine Damen und Herren, über 50 bayerische Kliniken befinden sich aktuell in Insolvenz oder sind von Insolvenz bedroht, weil der Bund immer noch keine endgültigen Rahmenbedingungen festgelegt hat, die es den Krankenhäusern jetzt ermöglichen, weiterzuarbeiten. Diese Arbeits- und Finanzierungsgrundlage fehlt – und 50 Kliniken stehen auf der Kippe.

Wenn man bedenkt, dass Gesundheitsminister Lauterbach bereits vor längerer Zeit angeregt hat, in Bayern sogar 60 Kliniken zu schließen, dann sage ich: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Das ist der kalte Strukturwandel, der aktuell unsere bayerischen Kliniken schließt. Dazu kann ich nur sagen: Der Bund schließt hier die Kliniken, ohne sich selbst vor Ort die Hände schmutzig zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Argument, dies alles sei notwendig, um die Qualität der Behandlungen zu sichern, kann ich absolut nicht nachvollziehen; denn die pauschale Behauptung, nur große Kliniken könnten eine gute medizinische Versorgung anbieten, kleine Kliniken aber nicht, ist schlichtweg falsch. Wir wissen, dass auch Kliniken, die nicht unbedingt 600, 700, 800 Betten haben, das heißt kleine Kliniken mit vielleicht 150 Betten, eine ausgezeichnete medizinische Versorgung anbieten können.

Ich selbst war jahrzehntelang Krankenschwester aus Leidenschaft. Ich stand fast 30 Jahre im OP und weiß, wie sehr alle Beschäftigten im Medizin- und Pflegebereich diese Gesellschaft am Laufen halten, und das unter diesen Arbeitsbedingungen.

Wir haben in Bayern, einem Flächenstaat, eine sehr gute Gesundheitsversorgung. Diese muss erhalten bleiben, und zwar nicht nur in München, Nürnberg oder Regensburg, sondern in ganz Bayern, also auch in Grainau, in Niederbayern, Oberfranken und der Oberpfalz – egal, wo. Auf dem Land muss eine genauso gute Gesundheits- und Pflegeversorgung gegeben sein wie in den Zentren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist nicht möglich ohne den unermüdlichen Einsatz all derer, die tagtäglich Kranke und Pflegebedürftige in Krankenhäusern, Praxen, Pflegeheimen und zu Hause versorgen und betreuen. Ich danke dabei all meinen – mittlerweile ehemaligen – Kolleginnen und Kollegen im Gesundheits- und Pflegebereich. Ich danke auch den pflegenden Angehörigen hier im Freistaat für ihren Einsatz – für die Menschen, die sie dringend brauchen. Wir haben dafür zu sorgen, dass gute medizinische Versorgung kein, in Anführungszeichen, "Phänomen der Ballungsräume" wird; es darf kein "Phänomen der Städte" sein.

Gerade aktuell – wir brauchen nur auf die winterlichen Verhältnisse draußen zu schauen; in der vergangenen Woche war in den Städten zum Teil überhaupt kein Durchkommen möglich – zeigt sich doch, dass die Versorgung in der Breite, auch in den Landkreisen und den Kommunen, elementar wichtig ist. Ob Großeltern oder ein junges

Paar, das Nachwuchs erwartet, alle müssen die Möglichkeit einer guten und geografisch erreichbaren Versorgung haben. Das darf natürlich auch weder eine Frage des Einkommens noch eine Frage des Wohnortes sein. Es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben. Und: Es darf keine Medizin ausschließlich für die Zentren sein.

Unsere FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode in der Bayernkoalition zahlreiche Maßnahmen zum Erhalt einer wohnortnahen medizinischen Versorgung der Menschen in Bayern ergriffen. Dazu gehören zum Beispiel die Landarztquote, die im Koalitionsvertrag perspektivisch vereinbarte Facharztquote, ein Stipendienprogramm und die Erhöhung der Anzahl der Medizinstudienplätze; schon 2019 haben wir die Weichen für 2.700 zusätzliche Medizinstudienplätze – die wir dringend brauchen! – gestellt.

Zudem fördern wir in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung weiterhin die Attraktivität einer ärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum, etwa durch den Abbau von Bürokratie oder die Unterstützung bei der Niederlassung. So baut das Programm "Beste Landpartie Allgemeinmedizin", BeLA, die Brücke zwischen Mediziner Ausbildung und Hausarztpraxis.

Wir kämpfen für eine angemessene Honorierung der Haus- und der Fachärzte. Probleme wie veraltete Gebührenordnungen und die fehlende Berücksichtigung gestiegener Energie-, Personal- oder Betriebskosten müssen jetzt aber auf der Bundesebene angegangen werden. Wir wollen, dass es in Zukunft zu einer Regulierung investorgestützter medizinischer Versorgungszentren kommt. Die Verbreitung solcher MVZ muss stärker beschränkt werden, um zu verhindern, dass der Fokus der Versorgung – ausschließlich zulasten der Patienten – nur noch auf finanziell lukrative medizinische Angebote gerichtet wird.

Wir wollen freie Berufe stärken. In diesem Bereich Beschäftigte erbringen Leistungen persönlich, eigenverantwortlich und unabhängig. Gerade im Gesundheitsbereich erfül-

len die freien Berufe eine wichtige Aufgabe im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Noch ein Punkt kommt hinzu, meine Damen und Herren: Die Apotheken im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben! Sie leisten die Arbeit im ländlichen Raum auch zur Unzeit, wohingegen die Versandapotheken sich einen schlanken Fuß machen und keine Not-, Wochenend- und Weihnachtsdienste vorhalten müssen. Eine Beratung findet durch eine Online-Apotheke ohnehin nicht statt.

Die Beratungsfunktion der Apotheken vor Ort müssen wir besonders hervorheben und weiter stärken. Vor allen Dingen fordern wir schon eine ganze Weile vom Bund Maßnahmen im Sinne eines effektiven Frühwarnsystems, um rechtzeitig zu erkennen, ob Medikamente nicht zur Verfügung stehen. Wir brauchen ein solches System, um Arzneimittelengpässen vorzubeugen. Es gilt, dafür Sorge zu tragen, dass versorgungsrelevante Vor-Ort-Apotheken in Deutschland auch weiterhin nicht von EU-Versandapotheken verdrängt werden.

Es braucht Anreize für eine europäische Arzneimittelversorgung; ein großer Teil der Arzneistoffe und Medikamente wird ja mittlerweile nur noch außerhalb Europas produziert. Es braucht eine solide Krankenhausfinanzierung. Dafür wollen wir die Krankenhausmilliarde zur Verfügung stellen, die FREIE WÄHLER und CSU gemeinsam im Koalitionsvertrag verankert haben.

Außerdem: Die Krankenhausreform der Ampel-Regierung sehen wir, die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion, als dramatische Gefährdung der flächendeckenden Versorgung in Bayern an. Eine hohe Anzahl an Krankenhäusern kann die im Rahmen der Leistungsgruppen formulierten Anforderungen, die spekulativ und herausgerissen aus der Betrachtung der besonderen Umstände einfach so gestellt werden, überhaupt nicht mehr erfüllen, obwohl sie ausgezeichnete Arbeit leisten und vor Ort versorgungsrelevant sind.

Meine Damen und Herren, Abschaffung des DRG-Systems!

Meine Zeit ist zu Ende. Zur Pflege wird mein Kollege Thomas Zöllner, unser neuer Patientinnen- und Pflegebeauftragter, noch etwas sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Andreas Winhart das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Von unserer heutigen Sitzung kann nur ein klares Ja zur wohnortnahen Versorgung ausgehen – außer, man ist Freund und Anhänger der Abrisspolitik eines Herrn Lauterbach in Berlin.

Vollkommen klar ist auch: Das Gesundheitssystem steht nicht erst jetzt vor dem Abgrund; nein, es krankt seit Jahren. Natürlich hat auch Corona dazu beigetragen. Man darf daran erinnern, dass all die Pflegekräfte erst beklatscht wurden – und danach geimpft; anschließend haben viele gekündigt. Wer ist also schuld an der ganzen Misere, meine Damen und Herren? Ganz klar: Es ist eine falsche Prioritätensetzung der Ampel in Berlin, meine Damen und Herren; denn in Berlin kümmert man sich lieber darum, dass demnächst Kiffen erlaubt wird. Und nicht mal das schafft man im Zeitplan, sondern erst ab Ostern ist es dann soweit. Aber die Reform unserer Krankenhäuser wird seit Wochen und Monaten verschleppt zum Schaden unserer Kliniken. Mit der AfD würde es sowas nicht geben. Schämen Sie sich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Unsere Landkreise, unsere kreisfreien Städte, die Unikliniken, selbstverständlich die Patienten und die Mitarbeiter, die Rettungsdienste, die Pflegekräfte und die Ärzte haben klare Antworten verdient, meine Damen und Herren. Sie müssen wissen, wie es weitergeht, wie es um ihr Klinikum steht, wie es um ihren Arbeitsplatz steht, wie es um die gesundheitliche Versorgung der Bürger draußen in unserem Land steht, meine

Damen und Herren. Es zieht sich hin wie Kloßbrühe. Der nächste Referentenentwurf ist zwar für Januar 2024 angekündigt, aber es hätte längst beschlossen sein können, meine Damen und Herren.

Was erfahren wir daraus? – Es wird sich auch weiterhin durchziehen, dass wir warten müssen, bis die Reformen greifen. Das Jahr 2023 ist quasi abgeschlossen. Bis alle Reformen umgesetzt sind, wird das Jahr 2028 gekommen sein. Das heißt für unsere Kommunen: Diese Durststrecke, diese Defizite müssen sie bis zu diesem Zeitpunkt ausgleichen, meine Damen und Herren, was den einen oder anderen Landkreis bis hin zum Ruin tragen wird. Ganz klar ist hier, dass der Bund seine politische Unfähigkeit auf unsere bayerische Kommunen abwälzt. Das lassen wir denen nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Aber auch die bayerischen Kommunen selbst, die CSU-Landräte und die FREIEMÄHLER-Landräte mit ihren jeweiligen Mehrheiten in Kreistagen haben dafür gesorgt, dass bayerische öffentliche Kliniken teils privatisiert wurden und Gewinne abgezogen wurden, dass in den fetten Jahren eben keine Rücklagen geschaffen wurden, sondern jetzt aus der Steuerhand nachgeschossen werden muss, meine Damen und Herren. Auch das ist Teil der Wahrheit. Hier hat man geschludert und nicht nachhaltig gearbeitet.

Jetzt kommen die gestiegenen Energiekosten dazu. Dafür tragen die Ampelkoalitionäre in Berlin ganz klar die Verantwortung.

(Johannes Becher (GRÜNE): Herr Putin trägt die Verantwortung!)

– Es ist nicht der Herr Putin – es sind Sie mit Ihrer CO₂-Besteuerung, die diese Misere mitgetragen haben, auch im Gesundheitswesen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Nicht zu vergessen der Personalmangel.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie haben keinen einzigen Vorschlag!)

– Sie haben keine Ahnung, Herr Kollege! Beruhigen Sie sich! Gehen Sie raus und trinken Sie ein Wasser. Dann kommen Sie einfach nachher wieder. Oder Sie hören mir zu, wenn ich von Personalmangel spreche. – Meine Damen und Herren, mit der Generalistik und der Akademisierung, die Ihre Fraktionen mit angestoßen und vorangetrieben haben, haben Sie dazu beigetragen, dass der Pflegeberuf nicht attraktiver geworden ist!

Da gibt es noch ganz andere Baustellen: bei den Rettungsdiensten beispielsweise. Unterhalten Sie sich mal mit denen. Wissen Sie, um wieviel länger der Rettungswagen, wenn unsere Kliniken auf dem Land schließen müssen, zum Patienten fährt und den Patienten länger ins Krankenhaus zurückfährt und wie lange die Belegzeiten dann sind? Da kommen ganz andere Probleme auf uns zu.

Dann haben wir das Problem: Herr Kollege, wir haben die Vereinigung der Pflegenden, die die Pflegenden aber gar nicht vertritt, weil die Pflegenden diese Vertretung seit Jahren überhaupt nicht akzeptieren. Wir brauchen eine ordentliche Vertretung der Pflegenden, die auch die Interessen dieser Berufsgruppe vertritt. Das verstehen Sie seit Jahren nicht!

(Johannes Becher (GRÜNE): Habt ihr keine Lösung? Sagen Sie eine Lösung!)

Wir haben in unseren Krankenhäusern Investitionsrückstände. Die Gebäude sind zum Teil aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Da kann man von vornherein damit anfangen, die neu aufzubauen, meine Damen und Herren. Wir haben die Probleme der Krankenhauskeimbelastung, der Versorgung mit Antibiotika und der technologischen Rückständigkeit, wenn es um Telemedizin geht. Es krankt an allen Ecken und Enden, meine Damen und Herren! Es braucht dringend mehr AfD. Sie haben vollkommen recht, Herr Becher.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Lauter Probleme! Null Lösung!
Keine Antworten!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächsten rufe ich Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion auf.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kein Thema bewegt die Menschen so sehr wie die Gesundheit. Ein gesunder Mensch hat tausend Wünsche, ein kranker nur einen. Deshalb ist es am besten, wenn Krankheiten gar nicht erst entstehen. Prävention geht vor Therapie. Dazu haben wir uns klar bekannt, indem das Staatsministerium und der entsprechende Landtagsausschuss nun die Bezeichnung "für Gesundheit, Pflege und Prävention" tragen. Weil Gesundheit so wichtig ist, wollen wir Krankheiten, wenn sie entstanden sind, möglichst rasch und effektiv therapieren – gezielt, ohne Kollateralschäden, mit minimalinvasiven Eingriffen, mit Präzisionschirurgie, Nanomedizin, auf den einzelnen Menschen zugeschnitten, durch die 4-P-Medizin, mit den innovativsten Methoden, auch und gerade mit digitalen Tools. Dem dient die im Sommer noch vom damaligen Gesundheitsminister Klaus Holetschek und Wissenschaftsminister Markus Blume ausgerufene "Highmed Agenda". Wir sind ethisch verpflichtet, die Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben zu lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen deshalb zu unserer industriellen Gesundheitswirtschaft mit den Herstellern von Medizintechnik, mit der forschenden Pharmaindustrie. Wir stehen zu Forschung und Versorgung, die Hand in Hand gehen müssen. Für Forschung und Innovation sind unsere sechs bayerischen Uniklinika in besonderer Weise da. Doch letztlich geht es um die Versorgung gerade in der Fläche, für die unsere niedergelassenen Haus- und Fachärzte stehen und für die auch die Krankenhäuser in ländlichen Räumen unverzichtbar sind. Auch hier sind wieder die digitalen Anwendungen so wertvoll, in denen

insgesamt die größten Innovationspotenziale stecken; denn mit ihnen wird es möglich, Spitzenmedizin auch in die Fläche zu bringen.

Weitere Grundsätze für die gesundheitliche Versorgung in Bayern sind: Reha vor Pflege und ambulant vor stationär. – Bayern handelt schon immer nach diesen Maximen. Das ist unser Fundamentalsatz, das ist unser Anspruch und unser großes Ziel: Wir wollen eine flächendeckende, also wohnortnahe, qualitativ hochwertige und auf dem neuesten Stand der Wissenschaft befindliche Versorgung, passgenau mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen, Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun gibt es Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel: Das sind der Mangel an Fachkräften, Lieferschwierigkeiten bei den Arzneimitteln und die Hürden bei der Einführung digitaler Tools. An diesen großen Themen arbeiten wir. Das sind wir den Menschen schuldig. Die Herausforderungen sind gewaltig, nicht zuletzt durch den demografischen Wandel, durch den immer weniger Fachkräfte nachkommen. Aber auch der Bedarf auf der Nachfrageseite wächst. Die Kerze brennt in diesem Bereich von beiden Seiten.

In dieser Aktuellen Stunde können wir nur Schlaglichter setzen, was wir gemeinsam angehen müssen und werden. Auf die Situation der Krankenhäuser wird beispielsweise Kollege Thorsten Freudenberger eingehen, zur Arzneimittelsicherheit wird Kollegin Carolina Trautner sprechen, und die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung wird Kollege Martin Mittag beleuchten. Die Herausforderungen sind gewaltig – bei den Reha-Einrichtungen, insbesondere in den geriatrischen Reha-Einrichtungen, in der ambulanten Pflege und wegen des Fachkräftemangels gerade in der Langzeitpflege. Hier geht es in nächster Zeit um nicht mehr und nicht weniger als darum, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Oben auf der Agenda steht deshalb der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Wir müssen dort ansetzen, wo er hausgemacht ist: bei den Ärzten, den Hebammen und den Notfallsanitätern, weil wir dort weniger ausbilden, als wir Bewerberinnen und Bewerber haben. Wir haben schon einiges getan. Aber auf diesem Weg müssen und werden wir weitergehen. Darauf können Sie sich verlassen.

Aber unser Augenmerk muss auch und gerade auf den Berufen liegen, in denen die Bewerberzahl zurückbleibt, zum Beispiel bei den medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten oder im Bereich der Pflege. Wir wollen mehr junge Menschen für den Pflegeberuf ausbilden. Wir wollen Pflegekräfte in ihrem Beruf halten und Pflegefachkräfte zurückgewinnen. Wir wollen den Pflegeberuf aufwerten und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Jeder und jedem Einzelnen, der sich in unserem Gesundheitswesen engagiert, sind wir außerordentlich dankbar. Vergelts Gott dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dauerthemen sind der Abbau von Bürokratie, Förderung des Hospiz- und Palliativwesens oder Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Aber im Bereich von Gesundheit und Pflege sind die Herausforderungen so umfangreich, dass hier bitte alle an einem Strang ziehen sollten, um gemeinsam das Bestmögliche für die Menschen zu erreichen.

Wir brauchen hier auch die Unterstützung von Bundesseite. Dort wird aber aktuell leider an falscher Stelle Priorität gesetzt. Das Ziel muss doch eine gute Versorgung sein, nicht die Legalisierung von Cannabis zu Rauschzwecken!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Bernhard Seidenath (CSU): Ein Satz! – Die Sicherstellung der guten medizinischen und pflegerischen Versorgung ist die große Aufgabe unserer Tage. Wir sind es den

Menschen schuldig. Packen wir es gemeinsam an! Darum bitte ich Sie herzlich und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Alarmstufe Rot für die Krankenhäuser! Der kalte Strukturwandel hat auch die Hausärztinnen und Hausärzte und Fachärzte und Fachärztinnen und Apotheken erfasst. 34 Krankenhäuser haben im letzten Jahr in Deutschland Insolvenz angemeldet. Vor wenigen Tagen kam die Evangelische Klinik in der Maxvorstadt dazu. Weitere bayerische Kliniken werden folgen. Um da herauszukommen, gibt es nur einen Weg: nämlich anpacken und reformieren statt rummeckern und als CSU im Bundesrat sture Blockade zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lage ist dramatisch. Woran liegt das? – Das liegt daran, dass Sie als CSU in der Bundesregierung absolut nichts getan haben, um unser Gesundheitssystem zukunftsfähig aufzustellen. Das Personal, das uns heute in den Kliniken fehlt, ist unter Ihrer Regierung nicht ausgebildet worden

(Klaus Holetschek (CSU): Na, jetzt aber! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Regierung bildet die Ärzte aus? – Klaus Holetschek (CSU): 1998 war Andrea Fischer von den GRÜNEN Gesundheitsministerin! Wahnsinn! Jetzt komm!)

oder vor den Arbeitsbedingungen geflohen. Erinnern Sie sich an den Pflegeauszubildenden Alexander Jorde, der 2017, vor über sechs Jahren, die Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Wahlarena gefragt hat, warum ihre Regierung nichts für eine bessere Krankenpflege tut. 2017!

(Beifall bei den GRÜNEN – Klaus Holetschek (CSU): 1998 war eine Grüne Bundesgesundheitsministerin! Andrea Fischer!)

Danach haben Sie vier Jahre weiterregiert, mit einem Jens Spahn im Gesundheitsministerium, davor mit einem Hermann Gröhe im Gesundheitsministerium, und es hat sich nichts geändert.

Dass das Fass jetzt überläuft, liegt doch nicht an der geplanten Reform, sondern an dem jahrelangen Stillstand, an dem Wegducken und an dem Aussitzen und am beleidigten Herummeckern der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Klaus Holetschek (CSU): Sie versagen doch auf ganzer Linie! Ein Versagen auf ganzer Linie! Außer Kiffen bewegen Sie gar nichts, und nicht mal das!)

Sie hatten bis vor 24 Monaten die Möglichkeit, Gesundheitspolitik zu gestalten und das Fass vor dem Überlaufen zu bewahren.

(Klaus Holetschek (CSU): Unglaublich! Sich hierhinzustellen und zu erzählen, wer versagt! In Berlin null!)

Was haben Sie aber gemacht, nachdem Alexander Jorde 2017 das Thema auf den Punkt gebracht hat? –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Haben wir jetzt historische Vorlesung oder was? Wann kommt Norbert Blüm?)

Wir haben von Ihnen ein Riesenfinanzierungsloch in der Gesundheitsversorgung übernommen. Teuer und ineffizient, so haben wir es übernommen. Das kann nicht so bleiben, wie es ist. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Die Ampel muss mal ...! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwei Jahre Zeit gehabt! – Klaus Holetschek (CSU): Unglaublich!)

Mit jedem Monat, den Sie im Bundesrat weiter blockieren, rutschen unsere bayerischen Kliniken weiter ins Minus.

(Klaus Holetschek (CSU): Ihre grünen Gesundheitsminister! Nonnemacher in Brandenburg ist gegen das Gesetz! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ablenken vom Versagen heißt das!)

Die von Ihnen geschmähte Ampel-Regierung hat zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Cannabis legalisieren!)

3,5 Milliarden an die bayerischen Krankenhäuser überwiesen, und über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds sind weitere Überweisungen an unsere Krankenhäuser eingeplant. Aber wir lösen im Bund nicht alleine die hausgemachten bayerischen Probleme.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In Nordrhein-Westfalen gehen noch viel mehr Kliniken pleite! – Michael Hofmann (CSU): So ein Blödsinn!)

Es fehlt hier an Pflegepersonal von Oberfranken bis Niederbayern, viele sind kurz vor der Rente und wollen nicht mehr.

(Michael Hofmann (CSU): Und in anderen Bundesländern haben wir welche?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Liebe Kollegen!

Kerstin Celina (GRÜNE): Ihnen fehlt es ja auch schlicht an Zeit für ihre Patientinnen und Patienten, und viele Ältere kommen in unserem System schon längst nicht mehr zurecht. Ohne Angehörige geht doch gar nichts mehr, egal ob es der Arztbesuch ist, der Klinikaufenthalt oder die Zeit danach, die fehlende Apotheke. Dass es für Ältere oder eingeschränkte Personen im Gesundheitssystem so schwer ist, liegt doch auch daran, dass der Faktor Zeit nicht adäquat vergütet wird – übrigens auch bei den Apo-

theiken. Genau deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Beratung stärker zu vergüten. Genau das wird unsere Landapotheken stärken.

Die Situation in Bayern ist auch deshalb so verfahren, weil ihr mit eurer Investitionskostenfinanzierung total im Hintertreffen seid. Das wisst ihr selber,

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 640 Millionen!)

sonst hätte der Ministerpräsident nicht kurz vor der Wahl eine Krankenhausmilliarde für Bayern angekündigt. Aus der klaren Ankündigung ist eine weichgespülte Formulierung "eventuell in der Zukunft" im Koalitionsvertrag geworden.

(Klaus Holetschek (CSU): Ach, das ist doch Quatsch!)

Die Landrätinnen und Landräte haben Ihnen bei ihrer Tagung in Landshut ins Hausaufgabenbuch geschrieben, dass Sie die Krankenhausmilliarde bitte jetzt überweisen und keine Erhöhung der bayerischen Krankenhausumlage machen sollen. Darüber hätten Sie heute mal reden sollen.

(Michael Hofmann (CSU): Das kommt doch noch! Sie haben dem Kollegen Seidenath nicht mal zugehört!)

Der Bund kann nicht auf Dauer der Lückenfüller für eine Bayerische Staatsregierung sein, die ihren Verpflichtungen zur Investitionskostenfinanzierung nicht nachkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Kollege Freudenberger spricht zum Thema Krankenhaus! Zuhören!)

Zu den 600 Millionen Euro, die Sie hier anbringen, hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft in ihrem Gutachten vom Februar geschrieben, dass das viel zu wenig ist. Von wegen, Bayern hat keinen Investitionskostenstau!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Bayern leistet doch mehr als alle anderen Länder! – Klaus Holetschek (CSU): So ist es! 643 Millionen! – Prof. Dr. Winfried

Bausback (CSU): Wir stehen doch alleine da! So viel leistet niemand! – Klaus Holetschek (CSU): Kümmern Sie sich mal in Berlin, dass das anders wird!)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat reingeschrieben, was in den letzten Jahrzehnten aufgelaufen ist, was Sie nicht investiert haben.

(Klaus Holetschek (CSU): Nicht hier reden und in Berlin anderes tun! Das ist ein Versagen der GRÜNEN auf ganzer Linie!)

Ein letzter Satz, zur Reha, die Sie erwähnt haben, die man angeblich stützen soll: In Würzburg hat die Reha im Bürgerspital zugemacht.

(Klaus Holetschek (CSU): Versagen der GRÜNEN! Hier reden und in Berlin anders handeln!)

Die AWO steckt tief in den roten Zahlen. Wo waren Sie denn, als in Würzburg die geriatrische Reha zugemacht hat?

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie reden vor Ort anders als hier im Haus!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Überwiegend hat immer noch die Frau Kollegin Celina das Wort. – Danke schön, Frau Kollegin.

(Toni Schuberl (GRÜNE): So unverschämt reinschreien, dauernd, würde nicht mal ich! – Lachen bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gelächter! – Michael Hofmann (CSU): Erinnere dich mal an das, was du letztes Mal reingerufen hast!)

Als Nächste hat die Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Michael Hofmann (CSU): Ich würde mal den Burschen fragen, was er letztes Mal reingerufen hat! Alles, was recht ist! Erst mal vor eurer eigenen Haustür kehren!)

Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es in der Aktuellen Stunde also um die wohnortnahe Versorgung. Die Apotheken, die Fachärzte sollen unterstützt werden, gewachsene Krankenhausstrukturen sollen geschützt werden. Da habe ich mir gedacht: Das ist prima, das ist mal endlich ein wirklich interessantes Thema, und wir erfahren endlich, wie sich die Bayerische Staatsregierung die zukünftige Versorgung vorstellt und wie sie ihre Aufgaben lösen will; denn wir wissen alle, dass das ihre ureigene Zuständigkeit ist. Wir haben von erschütternden Befunden gehört. Aber dann kam vor allem Gemotze in Richtung Berlin und auch, dass Sie Forderungen einzelner Berufsgruppen unterstützen wollen. Aber von einem Konzept, wie die zukünftige Versorgung in Bayern aussehen soll, war nichts zu hören.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch letzte Woche bei der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten war nichts von einem Konzept zu hören, wie es mit der Gesundheitsversorgung in Bayern weitergeht.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Der Kollege Seidenath – da muss ich differenzieren – hat tatsächlich von den großen Herausforderungen gesprochen. Er will den Weg weitergehen, der beschritten wurde. Ich glaube, dass es da noch mehr braucht; aber immerhin möchte er das Thema gemeinsam anpacken. Das wäre der richtige Weg.

(Michael Hofmann (CSU): Also haben Sie ja doch schon etwas gehört von unserem Konzept!)

Das war aber bei den FREIEN WÄHLERN ganz anders. Wir alle wissen: Krankenhausplanung ist Ländersache. Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN steht zu den Kliniken lediglich, dass man sich für eine weitere Krankenhausplanung – so wörtlich – einsetzen wolle. Was soll das heißen? Für mich klingt das nach dem

schulpflichtigen Teenager, der seinen Eltern und Lehrern versichert: Ich werde mich auch künftig für die Erledigung meiner Hausaufgaben einsetzen. – Sie machen es sich da zu einfach.

Ein paar Modellprojekte hier, ein paar Einzelförderungen dort, aber eine zukunftsorientierte Versorgungslandschaft zeichnen Sie nicht. Solche Projekte sehen immer ganz gut aus; sie ersetzen aber nicht eine flächendeckende zukunftsorientierte Versorgung. Sie stellen sich hinter jede einzelne Forderung von Interessengruppen und Berufsverbänden, solange sie sich nur an Berlin richtet. Wenn wir das alles zusammenrechnen, ist von vornherein klar, dass daraus gar nichts werden kann. Sie müssten nämlich schon dazusagen, ob zur Finanzierung der Honorarforderungen von Apotheken, von Zahnärzten, von Krankenhausträgern usw., die zusammengerechnet viele Milliarden Euro pro Jahr ausmachen, die Beiträge steigen sollen, also alle mehr in die Krankenversicherung zahlen sollen, oder ob es dafür Steuererhöhungen geben soll. Beides lehnen Sie strikt ab. Woher soll denn das Geld kommen? Sich hinter jede Forderung in Milliardenhöhe zu stellen, aber nicht dazuzusagen, wie man sich die Finanzierung vorstellt, bedeutet Luftbuchungen, und das hilft keinem weiter.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen müssten Sie sagen, was Ihre Konzepte sind. Wie wollen Sie die Versorgung im Sinne der Patientinnen und Patienten und auch der Beschäftigten im Gesundheitswesen sicherstellen? Wie werden die Strukturen aussehen? Was wird der Beitrag Bayerns bei der Krankenhausreform sein?

Um auf den Titel der Aktuellen Stunde zurückzukommen: Wir brauchen vor allem gute Krankenhäuser in Bayern, nicht in erster Linie gewachsene Krankenhäuser; denn wir sehen, dass es nicht wie bisher, dass es nicht ohne Reform weitergehen kann. Ohne Reform gerät ein Großteil der Kliniken in finanzielle Schieflage. Wir haben es mit fehlendem Personal zu tun. Es gibt in Bayern – auch da muss man sich zur Ehrlichkeit durchringen – erhebliche Qualitätsunterschiede bei den Krankenhäusern. Sie wollen

aber, dass es im Grunde so bleibt und nur noch mehr Geld ausgegeben werden soll. Aber damit helfen Sie den Beschäftigten nicht weiter, und den Patienten schon gar. Der unveränderte Erhalt von Strukturen, die teilweise so nicht mehr funktionieren, hilft ihnen nicht weiter.

Wer bei Ihnen nicht vorkommt, sind die Patientinnen und Patienten. Es geht aber nicht um das belegte Bett, sondern um gesunde Menschen. Ja, es gibt in den Krankenhäusern Bayerns erhebliche Qualitätsunterschiede. So ehrlich muss man sein. Sonst tun Sie den Patientinnen und Patienten keinen Gefallen.

(Zuruf von der CSU)

– Herr Kollege, vom Schönreden hat niemand etwas, niemand!

(Beifall bei der SPD)

Vor einer Woche stand eine Aktuelle Stunde mit diesem Thema auf der Tagesordnung. In dieser wurde der Pflegereport der "Barmer Ersatzkasse" vorgelegt. Dessen wichtigster Befund war, dass ein großer Teil der Krankenhausaufenthalte von Pflegebedürftigen bei besseren Versorgungsstrukturen vermeidbar wäre. Also, gerade die chronisch Kranken und Älteren werden weder ambulant noch stationär bestmöglich versorgt. Man könnte ihnen viele Krankenhausaufenthalte ersparen. Aber das geht nur, wenn wir uns gemeinsam mit Krankenhäusern und niedergelassenen Arztpraxen auf eine moderne Versorgungsstruktur verständigen. Dazu müssen Bund und Länder im Rahmen der Krankenhausreform zusammenarbeiten. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Carolina Trautner auf.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das große rote, leuchtende "A" der Apotheke – wie oft ist das der Retter in der Not: Wenn wir für das fiebernde Kind den Fiebersaft brauchen, wenn wir für das Knie der Oma die Schmerzsalbe brauchen, wenn wir beim Fahrradsturz die Wundsalbe brauchen. Wo bekommen wir alles das, was wir brauchen, und zwar schnell, kompetent, sicher – auch am Sonntag, Wochenende und Feiertag, in der Nacht – ohne Terminvereinbarung? – Wir bekommen es in der Apotheke.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Apotheke ist kein gewöhnlicher Laden. Nein, die Apotheke ist der Garant für eine sichere Arzneimittelversorgung der Bevölkerung. Doch das große rote "A" verschwindet immer mehr, und zwar nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Stadt. Wir haben den niedrigsten Stand seit vier Jahrzehnten. Das Apothekensterben geht weiter. Hatten wir in Bayern 2010 noch circa 3.400 Apotheken, so sind es im September dieses Jahres 2.800 gewesen. Warum ist das so? – Lieferengpässe, Fachkräftemangel und eine zu geringe Vergütung machen den Apotheken das Leben schwer. Sie stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Seit zehn Jahren wurde die Vergütung nicht erhöht, obwohl die Personalkosten gestiegen sind, obwohl die Betriebskosten und die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Man muss sich das einmal vorstellen! Hier muss der Bund dringend die Honorare zukunftsfähig anpassen, damit Apotheken auskömmlich arbeiten können. Schließlich müssen sie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen, die im Übrigen generell fehlen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Bayern unterstützt hier mal wieder. Bayern unterstützt die Kampagne zur Nachwuchsgewinnung.

Was passiert in Berlin als Reaktion auf all diese Fragestellungen? – Bewährte Strukturen werden infrage gestellt. Das gipfelt in dem Vorschlag, Filialapotheken ohne Apothekerin und Apotheker, ohne Labor, ohne Nachtdienst und ohne Rezeptur zu schaf-

fen, aber dafür mit einem großen Warenlager. Wie unsinnig und praxisfern ist solch ein Vorschlag?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer so einen Vorschlag macht, hat keine Ahnung von der Verantwortung und der fachlichen Kompetenz, die ein Apotheker jeden Tag in seiner Apotheke braucht. Nachhaltige Strukturen und Wertschätzung schauen wahrlich ganz anders aus.

Zudem stehen die Lieferengpässe auf der Tagesordnung. Diese betreffen über 500 Arzneimittel. Wir brauchen aber dringend den raschen Zugang zu lebenswichtigen Arzneimitteln. Auch hier ist die Apotheke der verlässliche Partner des Patienten. Aber der aufwendige Ersatz eines nicht lieferbaren Medikaments ist nicht mehr lange flexibel möglich; denn da wird die Bürokratie über alles gestellt. Vergütet wird auch das nicht.

Wir sind auf unseren starken Pharmastandort Bayern stolz. Aber das Ganze darf nicht nur in Bayern stattfinden. Wir brauchen mehr Forschung und mehr Entwicklung. Wir brauchen in ganz Europa, auch in Deutschland, mehr Produktion. Wie schnell Lieferketten reißen können, haben wir in den letzten Jahren und Monaten gesehen. Wir dürfen uns nicht von China und Indien abhängig machen. Wir brauchen konkurrenzfähige regulatorische Rahmenbedingungen. Der eingeschlagene Berliner Weg führt auch hier zu keiner Lösung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Hier sind falsche Anreize gesetzt worden. Ich nenne zwei Schlagworte: erhöhte Herstellerabschläge, insbesondere für patentgeschützte Arzneimittel, und das Preismoratorium für Arzneimittel. All das erschwert natürlich die Rückholung der Produktion. Das ist im internationalen Vergleich unattraktiv. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das schadet der Arzneimittelentwicklung in Deutschland massiv. Es gilt also voranzugehen, Unsicherheiten zu beseitigen, die Pharmaindustrie zu stärken. Die bayerische Taskforce ist richtig. Auch der Bayerische Pharmagipfel ist richtig. Wir machen es vor, und zwar im Dialog mit den Pharmaverbänden. Das ist das Wichtige. Wenn ich die Expertise nicht selber habe, muss ich sie mir von den Fachleuten holen. Die Apothekerinnen und Apotheker stehen bereit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Roland Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! An den vorherigen Reden konnte man unschwer erkennen, dass unser Gesundheitssystem und die ärztliche Versorgung vor allem im ländlichen Bereich in Schutt und Asche liegen. Ich danke an der Stelle den FREIEN WÄHLERN, die dieses wichtige Thema ansprechen. Dabei muss man schon sagen, dass eine Stunde eigentlich nicht ausreicht, um das ganze Thema einmal wirklich zu beleuchten.

Aber mit der Unterstützung der Apotheken, der Haus- und Fachärzte und mit dem Schutz der Krankenhausstruktur ist es unserer Meinung nach nicht getan; denn dazu gehören auch die genannten Punkte sowie die Stärkung anderer Bereiche, etwa der Physiotherapie, und die Reduzierung extremer Wartezeiten bei Fachärzten, ferner die Unterstützung von Hebammen, die Förderung von psychosozialen Versorgungsleistungen, die ambulante Pflege und noch viele, viele Bereiche mehr.

Die dringend notwendige Reform im Gesundheitswesen wird seit Jahrzehnten konsequent verschlafen. Zu diesen Themen sind von unserer Seite in den letzten fünf Jahren zahlreiche Anträge gestellt worden, weil unser Gesundheitssystem leider zusehends den Bach hinuntergeht. Die seit Jahren verfehlte Politik hat katastrophale

Auswirkungen, die immer drastischer spürbar werden. Wären wir auf dem richtigen Weg, dann müssten wir uns heute nicht über dieses Thema unterhalten.

Mein geschätzter Kollege Andi Winhart hat bereits gesagt: Die Abwanderung von Fachkräften im medizinischen und pflegerischen Bereich kommt zu der ganzen Thematik nun erschwerend hinzu. Besonders dramatisch ist momentan die Situation in meiner Heimat, in der nördlichen Oberpfalz: Krankenhäuser schließen, Kliniken werden in ihrem dringend nötigen Leistungsumfang eingeschränkt.

Herr Kollege Reiß, Ihnen ist die Petition "Verhindert die Schließung unserer Krankenhäuser" mit mittlerweile über 39.500 Unterschriften bekannt. Der Petition und dem geplanten Protestmarsch ist der Wind aus den Segeln genommen worden, um für beide Seiten nach einer Lösung zu suchen. Ich hoffe, dass dieses Thema nach Weihnachten dann zum Wohle der Oberpfälzer Bevölkerung erledigt wird und nicht einschläft. Von der kommunalen Seite ist alles getan worden, was die finanzielle Unterstützung angeht.

(Beifall bei der AfD)

Allein in der nördlichen Oberpfalz sind in den letzten Jahren fünf Krankenhäuser geschlossen worden. Weitere Schließungen bzw. Einschränkungen stehen bevor. Die von Herrn Ministerpräsidenten Söder angekündigte finanzielle Unterstützung wirkt bei dem Ganzen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Allein die Kliniken in der Nordoberpfalz brauchen für die nächsten drei Jahre 52 Millionen Euro, um zu überleben, wie aus den Medien zu entnehmen ist. In der ländlichen Flächenregion in der Oberpfalz sind mehrere Krankenhäuser zwingend notwendig. Die Notfallversorgung der Bürgerinnen und Bürger hat nun mal oberste Priorität. Sie darf nicht durch Schließungen oder Einschränkungen gefährdet werden. Wir dürfen keine englischen Verhältnisse bekommen, bei denen die Rettungswägen die Aufgaben der Notaufnahmen übernehmen.

Die Beschäftigten dürfen dabei auf keinen Fall vergessen werden. Gerade in den Pflegeberufen dürfen wir keine Fachkraft mehr durch falsche Entscheidungen in der Politik verlieren.

(Beifall bei der AfD)

Das 2003 unter Rot-Grün eingeführte und von den Folgeregerungen tolerierte DRG-System bringt unsere Krankenhäuser an den Rand des Ruins. Diese Politik unter der Ampel-Regierung führt uns mehr und mehr ins absolute Desaster.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Bürger brauchen keine grünen "hospitals" oder akademisierte Hebammen. Sie brauchen eine verlässliche Gesundheitsversorgung fernab von Ideologien und Weltverbesserungsfantasien.

Schon 2020 haben wir eine Enquetekommission zur Ertüchtigung des Gesundheitssystems hier im Hohen Haus gefordert. Wenn es Ihnen wirklich um die Gesundheitsversorgung unserer Mitbürger geht, sollten Sie schleunigst eine solche Kommission ins Leben rufen.

Um das Gesundheitssystem zu entlasten, müssen auch innovative Lösungen – wie die Telemedizin – geprüft werden. Auch dass die Notrufnummer 112 viel zu häufig gewählt wird, bringt das System ins Wanken. Die Notaufnahmen laufen über mit Patienten, die beim ärztlichen Bereitschaftsdienst wesentlich besser aufgehoben wären.

Auch die unkontrollierte Zuwanderung belastet unser Gesundheitssystem nachhaltig. Das muss an dieser Stelle auch angesprochen werden.

(Zuruf)

Allein in Bayern wurden in den ersten zehn Monaten 2023 fast 43.000 Asylanträge gestellt. Das bedeutet, innerhalb von einem Jahr entsteht in Bayern eine Stadt so groß

wie Weiden, allerdings ohne dass man zusätzliches medizinisches Personal zur Verfügung stellt. Davor dürfen Sie die Augen nicht verschließen. Das sind Fakten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Roland Magerl (AfD): Ja. – Irgendwann fliegt uns der ganze Laden um die Ohren, wenn sich nicht bald etwas ändert. Dafür sind Sie verantwortlich. Wir hoffen, dass sich etwas ändert.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Thomas Zöllner.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört eine gute Pflege. Zuerst einmal Danke für die Ernennung zum Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung. Das ist ein wichtiges Amt; denn gerade die Pflege steht vor ganz großen Herausforderungen. Auch wenn es hier vorhin etwas hitzig war, rufe ich gleich zu Beginn meiner Amtszeit alle demokratischen Parteien auf: weg mit den Parteibrillen und her mit der Zusammenarbeit in Land und Bund, damit wir auch 2040 noch eine funktionierende Pflege haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf)

– Ich habe ja nicht gesagt, dass Sie nicht gemeint sind. – Der Fachkräftemangel in der Pflege ist seit Jahren bekannt und gefährdet den Sozialstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Welche Verbesserungen in der Pflege braucht es? – Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um viele in den Pflegeberuf zu bringen bzw. wieder zurückzubringen. Wir brauchen eine starke Interessenvertretung für die Pflegekräfte, um unser Personal zu halten. Wir brauchen unbürokratisch ausge-

stattete Anerkennungsverfahren für Geflüchtete und Pflegekräfte aus dem Ausland, siehe unser Programm "Fast Lane". Wir brauchen Springerpools, um Krankheits- und Urlaubsvertretungen zu gewährleisten. Deshalb unterstützen wir in Bayern Springmodelle mit 7,5 Millionen Euro. Die Devise lautet: einspringen statt abspringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

– Nicht so viel klatschen. Die fünf Minuten sind so schnell vorbei.

Wir brauchen steuerfreie Zuschläge für Mehrarbeit; denn Mehrarbeit und Leistung müssen sich lohnen. Wir brauchen Digitalisierung und eine Entbürokratisierung. Der Roboter darf gerne mal den Kaffee und Kuchen bringen und dazu ein "Leise rieselt der Schnee" singen, sofern wir es schaffen, lieber Walter Nussel, dass die Pflegekraft weniger Formulare ausfüllen muss und mehr Zeit für die zu pflegenden Menschen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen eine Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege. Hier droht sonst die Gefährdung des Betriebsfriedens bei ungleicher Entlohnung und ungleichen Arbeitszeiten von Leiharbeitskräften und Stammpersonal. Das Stammpersonal muss immer in unserem Fokus sein.

Ein häufig vergessener Bereich in der Pflege ist die häusliche Pflege, gerade durch die pflegenden Angehörigen. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Das ist eine tolle und wichtige Arbeit durch die Angehörigen. Deshalb halten wir eine bessere finanzielle Unterstützung für diese Pflegenden für dringend erforderlich. Der Bund muss endlich konkrete Schritte dahin gehend einleiten, dass den pflegenden Angehörigen für ihre Leistungen auch Rentenpunkte gutgeschrieben werden.

Ein kleines Dankeschön in Form von 1.000 Euro pro Jahr unsererseits ist das Landespflegegeld. Ein weiteres kleines Dankeschön ist das Modell der Gemeindeschwestern, das wir gerade überall in die Kommunen bringen wollen. Die Gemeindeschwestern schaffen Angebote für Seniorinnen und Senioren, seien es Handykurse, Tanzcafés,

Rollatorspaziergänge und Teilhabeangebote wie ein gemeinsames Mittagessen und ein gemeinsames Plauderfrühstück. Das ist für die Lebensqualität in diesem Alter ganz wichtig.

Uns ist eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung besonders wichtig. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob der Pflegebedürftige in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Hier mein Hinweis auf "Pflegesonah" für wohnortnahe Pflegeangebote, Kurz- und Langzeitpflegeplätze in Bayern. Ein Kurzzeit- oder ein Tagespflegeplatz ist für die pflegenden Angehörigen enorm wichtig; denn das ist die Zeit, in der sie mal durchschnaufen und wieder Kräfte sammeln können. Diese Plätze müssen deshalb in Abstimmung mit den Verbänden, den Kommunen und den Leistungserbringern weiter ausgebaut werden.

Wir wollen in Bayern in den nächsten fünf Jahren 8.000 Pflegeplätze fördern. Aber dazu brauchen wir auch das notwendige Personal. Ich konnte in den letzten Wochen einem Workshop beiwohnen, bei dem sich Schüler eines Gymnasiums in Elsenfeld mit der Alten-, Kranken- und Kinderpflege beschäftigt und Werbung für entsprechende Praktika gemacht haben. Die Reaktion war: 1.190 Euro im ersten Lehrjahr sind okay. Aber die Planbarkeit der Arbeit war den jungen Menschen ganz wichtig.

Mit der großen Hoffnung, viele Menschen für die Pflege zu begeistern, und der Erkenntnis, dass fünf Minuten in diesem Haus sehr schnell vorübergehen können, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Laura Weber das Wort.

Laura Weber (GRÜNE): Geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist unser höchstes Gut. Eine schnelle und vor allem gute medizinische Ver-

sorgung rettet Leben. Deswegen freue ich mich sehr über das heutige Thema, das uns alle betrifft, auch wenn es schon seit Jahrzehnten aktuell ist.

Bürgermeister und Landräte warnen seit vielen Jahren vor der Gefahr der medizinischen Unterversorgung. In den Kommunen bekommen wir das tagtäglich mit. Wie vorhin schon einige Male gesagt worden ist, liegt das nicht an der Ampel. Das klappt rein rechnerisch nicht, weil die Reform noch gar nicht in Kraft getreten ist.

Schauen wir uns die Realität vor allem auf dem Land – ich komme aus der nördlichen Oberpfalz – mal genauer an: lange Fahrten zum Facharzt, ob Augenarzt oder Mammografie. Kinderärzte sind weit weg; lange Wartezeiten für die kleinen Patienten und Patientinnen drohen. Bei Hausärzten besteht das gleiche Problem; von ihnen gibt es im ländlichen Raum einfach viel zu wenige. Apotheken schließen, und das verschlechtert die gesundheitliche Versorgung weiter. Außerdem verschlechtert sich bereits seit Jahren die Lage unserer Krankenhäuser. Die Versorgung wird schlechter, die Häuser schließen, und Kommunen überschulden sich massiv, und das ohne Aussicht auf Verbesserung. Andere drängende Themen werden vernachlässigt. Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Fachangestellte müssen immer mehr fachfremde Aufgaben wahrnehmen, statt sich um die Menschen zu kümmern. Die Bürokratie entwickelt sich mehr und mehr zu einem Monster. Bei den Menschen, die diese wertvollen Berufe ergriffen haben, um nahe am Menschen zu sein, sinkt daher verständlicherweise die Motivation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese vielen Probleme fallen uns jetzt so richtig auf die Füße. Seit vielen Jahren herrschen Stillstand und Reformstau. Damit muss jetzt Schluss sein. Bei der Krankenhausplanung geht es jetzt voran. Das ist eigentlich Ländersache. Endlich werden dafür die dringend nötigen Reformen angestoßen. Das ist unbequem, aber längst überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seien wir ehrlich: Wo fahren Sie hin, wenn Sie Ihr Knie oder Ihre Hüfte operieren lassen wollen? Wo fahren Sie hin, wenn Sie eine wirklich gute medizinische Versorgung brauchen? – Sie fahren in die großen Kliniken. Auch bei der Notfallversorgung werden die kleinen Ambulanzen oft umgangen. Daher ist es sinnvoll, dass kleine Kliniken auf dem Land nicht mehr das gesamte Leistungsspektrum anbieten müssen; denn das können sie leider finanziell und personell schon lange nicht mehr leisten.

Es ist sinnvoll, dass alle Menschen in Fachzentren die optimale ambulante Versorgung bekommen. Wir wissen: Applaus alleine reicht nicht. Spätestens seit Corona ist uns klar: Ob Fachärztin oder Pflegeassistenz, Physiotherapeut oder Hebamme – Menschen in Gesundheitsberufen brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern deshalb eine Erhöhung der Kassensätze für Fachärztinnen und Fachärzte in Bayern. Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Fachangestellte müssen von fachfremden Aufgaben entlastet werden, und zwar durch weniger Bürokratie und mehr digitale Lösungen. Auch die Telemedizin kann hier unterstützen und helfen.

Bei den Apotheken brauchen wir eine Bedarfsanalyse und eine sinnvolle Bedarfsdeckung. Die Apotheken müssen fair auf ganz Bayern verteilt werden. Der Abstand zur nächstgelegenen Apotheke liegt bei drei Vierteln der Apotheken unter 1.000 Metern. Für uns GRÜNE sind Apotheken elementare Bausteine einer wohnortnahen und bedarfsgerechten Versorgung. Bei den Apotheken können wir feststellen, dass wir endlich das Problem des Fachkräfte- und des Nachwuchsmangels lösen müssen.

Außerdem ist ein zeitgemäßer Umgang mit Cannabis anzustreben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das habe ich mir schon gedacht!)

Einen wichtigen Punkt bekomme ich immer gespiegelt: Die Krankenhausverantwortlichen und die Beschäftigten brauchen eines am dringlichsten, nämlich Planungssicherheit. Deswegen müssen jetzt alle zusammenarbeiten, Bund und Länder, Landräte, die Bürgermeister, wir Abgeordnete und die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Laura Weber (GRÜNE): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lasst uns deswegen zusammenarbeiten; denn es geht um sehr viel, nämlich um die Menschen und die Gesundheit von uns allen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Thorsten Freudenberger für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Freudenberger (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! 99.768 Euro, das ist der Betrag, der in dieser Aktuellen Stunde in den bayerischen Krankenhäusern an Betriebskostendefizit aufläuft, wenn es eine Zeitstunde wäre. Das sind fast 2,4 Millionen Euro am Tag. In diesem Jahr sind bisher 1,3 Milliarden Euro aufgelaufen. Werte Kolleginnen Celina und Waldmann, Sie können die Diskussion noch so leidenschaftlich führen. In der Sache bleibt es richtig: Für die Betriebskosten ist der Bund zuständig. Der Bund wäre hier gefordert, lässt aber die bayerischen Häuser im Stich. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach hat eine Revolution angekündigt, von der man aber momentan verdammt wenig hört. Ich sage: Wir brauchen keine Revolution, sondern einen kontrollierten Strukturwandel im Krankenhauswesen. Die Gründe

dafür liegen auf der Hand: der demografische Wandel, neue medizinische Möglichkeiten, begrenzte finanzielle Ressourcen, Personalmangel in vielen Bereichen, etwas zu viel Ökonomie, oftmals zu viel Bürokratie sowie große Anforderungen im Hinblick auf Transparenz und Qualität. Ja, darauf müssen wir reagieren.

Aber noch einmal: Wir brauchen keine Revolution. Inzwischen ist daraus nämlich eine langwierige, unstrukturierte und in Teilen sogar undurchsichtige Debatte geworden, die alle Akteure des Gesundheitswesens verunsichert und die wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Landkreise und die kreisfreien Städte sind häufig die Träger unserer Krankenhäuser. Sie werden im Stich gelassen und müssen diese Probleme allein schultern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nichts anderes als unterlassene Hilfeleistung und eine gesundheitspolitische Bankrotterklärung, was unsere Kommunen hier ausbaden müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben zu Recht eingefordert, dass in dieser Debatte nicht nur Kritik geübt, sondern auch konstruktive Vorschläge gemacht werden sollen. Ich bin da ganz bei Ihnen. Diese Vorschläge können Sie gerne haben. Wir brauchen eine sektorenübergreifende Regelung, bei der ambulante und stationäre Versorgung sowie Pflege und Reha stärker ineinandergreifen. Wir brauchen mehr Vorhalte statt einer fallorientierten Finanzierung, um die Ökonomisierung im Krankenhauswesen einzuhegen. Wir haben auch überhaupt nichts gegen Transparenz und Qualität, wenn sie pragmatisch und gut umgesetzt werden und nicht so, wie das derzeit vom Bund geplant ist.

Hören wir den vielen Beteiligten zu, dann stellen wir fest, dass dies die handwerklich am schlechtesten geplante Reform ist, die es jemals gegeben hat. Wir erfahren und hören nichts. Entscheidungen werden verzögert und kommen zu spät. Das geht so nicht. Das ist ein Irrweg, der unsere Krankenhäuser in den Abgrund führt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, die Reform sei noch gar nicht da. Ich sage Ihnen: Diese Reform wird dann kommen, wenn es bereits zu spät ist, da die Häuser, für die sie gemacht werden soll, gar nicht mehr existent sein werden. Das ist das Problem dieser Reform.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem reichen wir Ihnen die Hand für eine konstruktive und in der Sache gute Zusammenarbeit. Bayern macht es vor: Wir haben eine Sonderförderung für kleine Häuser in Höhe von 100 Millionen Euro, verteilt auf fünf Jahre, eingeführt. Wir haben Fördermaßnahmen für Hebammen und Geburtshilfe geschaffen. Die Zahl der Medizinstudienplätze wurde ausgebaut. Wir haben interprofessionelle Teampraxen für die Primärversorgung geschaffen, gerade um die Notaufnahmen zu entlasten. Die investive Krankenhausförderung wird so schnell wie möglich auf 1 Milliarde Euro erhöht. Hier gibt es zwar noch im Detail einzelne Punkte zu klären, aber Sie werden sehen, dass diese Förderung kommen wird. Wir in Bayern lassen unsere Häuser nicht im Stich, sondern werden sie gut ausstatten. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Damit das funktioniert, wäre es wichtig, dass auch Sie dafür eintreten, dass Krankenhausplanung Ländersache bleibt. Bayern sollte dafür verantwortlich bleiben; denn wir können das besser als der Bund. Dafür stand Klaus Holetschek als erfolgreicher Gesundheitsminister, und dafür steht Judith Gerlach, die diese Arbeit erfolgreich weiterführen wird. Dafür stehen außerdem die Bayernkoalition und die Bayerische Staatsregierung. Ich glaube, wir können für die Krankenhäuser in Bayern eine gute Situation schaffen, wenn wir diesen Weg der konstruktiven und guten Zusammenarbeit gehen.

Die Menschen in Bayern, ob in den Metropolen oder auf dem Land, können sich auf uns verlassen. Wir stehen weiterhin für eine wohnortnahe, gute und verlässliche Krankenhausversorgung in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner, ebenfalls für die CSU-Fraktion, ist Herr Abgeordneter Martin Mittag. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Wie wichtig Gesundheit ist, wird nicht nur für die, die einen Arzt oder eine Pflegekraft brauchen, immer klarer, sondern auch – das wird durch die Redebeiträge deutlich – für jeden Menschen, egal ob jung oder alt.

Wenn ich mir anhören muss, wie praxisfremd die Ampel-Fraktionen über Gesundheitsthemen reden, dann muss ich sagen: Uns muss angst und bange werden. Die Aussage, dass die Reformankündigungen von Herrn Lauterbach noch keine Auswirkungen haben, weil sie noch nicht beschlossen sind, ist ein Wahnsinn.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Immer diese Negativpropaganda!)

Sprechen Sie mal mit Ärztinnen und Ärzten vor Ort. Die kündigen in vermeintlich kleinen Häusern, wie sie Angst haben, dass ihr Haus bald nicht mehr da sein wird, weil es keinen Plan B für diese Häuser gibt. Das ist eine Tatsache und keine Propaganda.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, verschließen besonders Sie nicht die Augen vor den Tatsachen. Machen Sie sich die Welt nicht so, wie Sie sie brauchen, und hören Sie vor allem auf, Großstädten mehr Bedeutung zu geben als dem ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Bei Ihnen gilt immer nur die Großstadt, und der ländliche Raum stirbt aus. Liebe Ampelkoalitionäre, es scheint wirklich Ihr Wunsch zu sein, dass die Krankenhäuser im ländlichen Raum kaputt gemacht werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Ich habe vorhin gehört: Die kurzen Wege zum Arzt, zur medizinischen Versorgung sind uns wichtig. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesen Reformankündigungen reden wir nicht mehr von kurzen Wegen, sondern wir reden von Wegen, die besonders Seniorinnen und Senioren überhaupt nicht mehr allein zurücklegen können, um zu einer guten medizinischen Versorgung zu kommen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Sie wollen einfach gar keine Reform! Sie machen nichts! – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ich muss noch etwas loswerden. Es schockiert mich schon ein bisschen, wenn hier vorne im bayerischen Parlament Oppositionspolitiker sitzen und sagen: Die kleinen Häuser leisten keine gute medizinische Versorgung.

(Florian von Brunn (SPD): Keiner hat das gesagt! – Gegenrufe von der CSU: Doch! – Ruth Waldmann (SPD): Nein!)

– Hören Sie sich die Reden Ihrer Kolleginnen und Kollegen mal an. Sie haben gesagt: Es ist keine gute Medizin, die es in kleinen Häusern gibt.

(Florian von Brunn (SPD): In Ihrem Haus!)

Das ist ein Schlag ins Gesicht all unserer Medizinerinnen und Mediziner, die tagtäglich Menschen das Leben retten und für die Gesundheit eintreten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tim Pargent (GRÜNE): Unverschämtheit!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, eines kann ich ganz sicher sagen: Unsere Mediziner, egal ob in einem kleinen oder einem großen Haus, leisten sehr viel. Dafür will ich ihnen Danke sagen. Vielen Dank allen, die in der Medizin und in der Pflege tagtäglich so viel leisten!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Gerade auch von der Opposition kam immer wieder als Vorwurf, in Bayern gebe es "kleine Ideen" und "kleine Lösungen". Ich glaube, dass unsere Landarztquote ein Erfolgsmodell ist. Dafür möchte ich vielen Kolleginnen und Kollegen der letzten Legislaturperiode meinen Dank aussprechen. Dass wir sie ermöglichen, ist ein wichtiger Punkt. Sie sagen – darin gebe ich Ihnen recht –, wenn wir mehr wollen, brauchen wir auch ein größeres Ausbildungsangebot. – Dieses Ausbildungsangebot spiegelt sich eben auch in unserer Landarztquote ohne einen Numerus Clausus.

Der Freistaat Bayern hat wahnsinnig gut aufgestellte Gesundheitsregionen, die für Ärztinnen und Ärzte, aber auch für Pflegekräfte eine Anlaufstelle darstellen. Das muss man auch mal wahrnehmen. Man darf es nicht immer nur schlechtreden. Das ist für mich ein Fakt. Wenn Sie mit Arztverbänden – Hausarztverbänden, Facharztverbänden – sprechen, hören Sie, dass die sehr dankbar dafür sind. Dazu höre von Ihnen aber nichts.

Wir haben auch Maßnahmen, mit denen wir als Freistaat Bayern Ausbildungen in anderen Universitäten innerhalb Europas fördern. Dazu höre ich von Ihnen nichts. Das sind Erfolgsmodelle.

Jede Ärztin und jeder Arzt, der zu uns zum Praktizieren kommt, ist für uns ein Gewinn. Dafür müssen wir uns jetzt und auch in Zukunft starkmachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich werde meine Redezeit nicht ganz ausschöpfen.

(Florian von Brunn (SPD): Das fördert unsere Gesundheit! – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ich will wie eigentlich immer einen Appell gerade an Sie, Herr von Brunn, und an Sie, Herr Pargent, richten. Der Kollege Schuberl, der sonst immer etwas weiß, ist nicht anwesend. Ich möchte eines noch loswerden bzw. ich stelle eine Frage: Müssen Sie diesen Wahnsinn, der aus Berlin kommt, vertreten, oder denken Sie wirklich, dass er richtig ist? Das wäre die erste Frage.

(Florian von Brunn (SPD): Der aus München kommt!)

Der zweite Punkt ist keine Frage, sondern eine Bitte, Herr von Brunn. Hören Sie zu, damit Sie es mitnehmen. Bitte, es wäre wichtig.

(Florian von Brunn (SPD): Ich höre schon sehr lange zu!)

Es wäre wirklich wichtig für alle Menschen: Schaffen Sie diesen Gesundheitsminister ab! Wenn der so weitermacht, schafft er unsere Gesundheitsversorgung ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt die Staatsministerin Judith Gerlach. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eine gute und vor allem eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung bei uns in Bayern. Jeder, der einmal ernsthaft krank war, der dringend einen Arzt benötigte, wird zustimmen, wenn ich sage: Eine flächendeckende und vor allem eine wohnortnahe ärztliche Versorgung im Flächenland Bayern ist kein Luxus, sondern gehört zur Daseinsvorsorge. Zu Recht will niemand auf sie verzichten. Deshalb setzt sich der Freistaat für eine gute Versorgung

aller Menschen in unserem Land ein, egal, ob das in den Ballungsräumen ist – das wurde vorhin schon genannt – oder in den Speckgürteln der Großstädte. Auch für das kleine Dorf auf dem Land brauchen wir unsere Krankenhäuser ebenso wie die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

Umso überraschter war ich, ehrlich gesagt, während der letzten Wochen. Es ist offensichtlich, dass unser Gesundheitssystem krankt. Die Kolleginnen und Kollegen haben viele Beispiele dafür genannt. Umso erstaunlicher ist es, wie Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit diesen Herausforderungen umgeht. Er lässt die Länder regelmäßig auflaufen.

(Florian von Brunn (SPD): Das habe ich von Bayern gehört!)

Er kommuniziert in seiner Blase. Er ist sehr ideologisch. Er ist auch in seinen Zielbildern sehr ideologisch, denen er hinterherläuft und die mit der Realität vor Ort nichts zu tun haben. Wenn Sie von der SPD das schon einmal gehört haben, dann liegt es vielleicht daran, dass das nicht erst seit gestern so ist.

Die Prioritäten der Bundesregierung sind relativ klar. Das hat der Beitrag der GRÜNEN soeben auch wieder gezeigt: Hauptsache, Cannabis wird legalisiert. Das scheint ja zu laufen. Ich bin mir aber unsicher, ob wir da in den Prioritäten klar sind. Ich bin mir unsicher, ob die Bundesregierung dahin gehend die Schwerpunkte richtig setzt. In den Krankenhäusern brennt es, und zwar jetzt. Reformen sind wichtig. Sie sind notwendig. Sie werden auch von uns mitgetragen und konstruktiv begleitet, aber auch kritisch hinterfragt. Die Frage ist: Werden die Krankenhäuser, wie sie jetzt da sind, die Reform überhaupt noch erleben?

Wenn Reformen erfolgreich sein sollen, dann brauchen sie Vernunft, Realitätssinn und vor allem Mitstreiterinnen und Mitstreiter; denn ohne sie wird diese Reform nicht mitgetragen werden. Niemand will dann Verantwortung übernehmen, niemand will es dann in der Fläche im Land ausbreiten.

Es verwundert, wie der Bundesminister im Alleingang meint, er könnte von Berlin aus Reformen durchdrücken, die weder von den Ländern noch von den Kommunen noch den Krankenhäusern mitgetragen, unterstützt oder gutgeheißen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Ich dachte, es gibt monatliche Besprechungen unter den Ländern!)

Frau Waldmann meinte, die Krankenhäuser kommen gerade ohne eine Reform in eine Schiefelage. – Ja, und warum? Nicht deswegen, weil es ihnen an Investitionskostenförderungen fehlen würde oder – wie Sie, Frau Waldmann, behaupten – weil irgendjemand wegen schlechter Qualität sie nicht mehr aufsuchen würde. Nein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Sie sehen sich schlicht und einfach einem riesigen Defizit gegenüber. Dieses Defizit besteht – wir haben es heute schon gehört – aus Betriebskosten.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Investitionskosten!)

Wer ist dafür zuständig? – Der Bund. Diese Verantwortung werden Sie ja auch als Ampel-Parteien weder abstreiten noch leugnen können. Die Tarifkosten sind gestiegen. Die Energiekosten sind gestiegen. Es gab keinen Inflationsausgleich. Der Bund macht keinerlei Ansätze, den Krankenhäusern in dieser Situation zu helfen, obwohl es seine Aufgabe wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sehe nicht nur ich persönlich so. Bayern hat gemeinsam mit anderen Bundesländern einen Bundesratsantrag auf den Weg gebracht, der den Bund auffordert, ein Soforthilfeprogramm aufzulegen. Dieser Antrag fand auch die Unterstützung der Bundesländer – jetzt passen Sie auf –, in denen Ampel-Parteien regieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, fragen Sie einmal in anderen Bundesländern nach, wie

sie das Vorgehen von Lauterbach finden. Ich schätze, wir haben dazu eine ähnliche Meinung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eigentlich ist diese Situation traurig, weil wir Länder geeint sind. Wir sind darin geeint, dass wir eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in allen Landesteilen brauchen, in Ballungsgebieten wie auch im ländlichen Raum. Die Grundvoraussetzung hierfür ist eine auskömmliche Finanzierung der beiden Säulen, auf denen der Krankenhausbetrieb beruht, nämlich der Betriebskosten, bei denen wir momentan große Probleme haben, und der Investitionskosten.

Natürlich muss da auch der Freistaat seine Hausaufgaben machen. Wir sind aber verlässlicher Partner. Wir waren das schon in den letzten Jahren. Wir haben dafür allein in diesem Jahr rund 643 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir sind dabei bundesweit im Spitzenfeld. Die Pro-Kopf-Ausgaben von rund 48 Euro pro Einwohner bedeuten nicht nur einen Platz im Spitzenfeld der westdeutschen Flächenländer, sondern liegen auch insgesamt über dem Bundesdurchschnitt.

Einen Investitionsstau oder eine Warteliste, auf der ewig viele warten würden, gibt es nicht. Alle dringlichen Vorhaben, die investiert und realisiert werden müssen, können auch schnell in die Förderung eingeplant werden. Das ist möglich, weil der Freistaat in den letzten zehn Jahren rund 5 Milliarden Euro für Investitionen der bayerischen Plankrankenhäuser auf den Weg gebracht und zur Verfügung gestellt hat. Die Investitionen in die bayerischen Hochschulklinika sind da zum Beispiel noch gar nicht eingerechnet; die kommen noch on top dazu.

Wir haben aber auch andere Punkte. Ich will es nicht nur auf Investitionskostenförderungen, für die wir zuständig sind, verkürzen, sondern wir haben uns zum Beispiel mit 180 Millionen Euro auch freiwillig am Krankenhauszukunftsfonds beteiligt. Wir haben den Fonds neben dem Bund kofinanziert, sodass dort zum Beispiel tolle Digitalprojek-

te entstehen können und den Krankenhäusern geholfen wird, den Weg in die Zukunft zu finden.

Wir haben andere Programme aufgelegt, zum Beispiel mit 100 Millionen Euro den Härtefallfonds, der wichtig war, um mittelbare Sachkosten aufzufangen und bei den Krankenhäusern das Schlimmste zu verhindern.

Wir können jetzt aber nicht für den Bund einspringen. Wir können nicht für die Ampel einspringen und die Hausaufgaben, die da nicht gemacht werden, erledigen. Wir können aber andere Programme für die Kommunen und für die kleineren Krankenhäuser machen, wenn es darum geht, den Strukturwandel zu begleiten.

Natürlich wird es in den nächsten Jahren Veränderungen geben. Natürlich können wir diese nicht einfach so laufen lassen. Wir müssen sie mit Gutachten, mit Experten, mit Expertise darüber, wie man sich sinnvoll und modern aufstellt, und mit guten Strukturen, die für die Zukunft nachhaltig funktionieren, gut begleiten. Wir machen das gemeinsam. Wir machen das im Verbund und nehmen vor allen Dingen noch einmal 100 Millionen Euro in die Hand, um die kleineren Krankenhäuser dabei zu begleiten.

Ebenso ist es beim Förderprogramm Geburtshilfe, das mir auch extrem wichtig ist. Bisher gut 71 Millionen Euro sind ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der flächendeckenden geburtshilflichen Versorgung.

Von vielen Kolleginnen und Kollegen wurden heute schon viele, viele Dinge gesagt. Ganz herzlichen Dank auch an den neuen Patienten- und Pflegebeauftragten Thomas Zöller.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Der ist beim Roten Kreuz!)

– Der ist beim Roten Kreuz, recht hat er. – Er hat sich des Themas Pflege heute ganz ausführlich angenommen, was ich toll fand. Ich kann mich dem nur ganz anschließen.

Unser Gesundheitssystem ist wirklich in keiner einfachen Zeit. Umso wichtiger ist es, ideologische Scheuklappen abzulegen, Bündnisse zu schmieden und – vor allem – nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Wir sind das vor allem denjenigen schuldig, die Tag für Tag mit Herzblut dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem noch funktioniert und aufrechterhalten wird. Ich werde mich dafür weiterhin einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.